



Ausgabe V/2024

# Die Tendenz der Verzweigung Europas

**D**ieses Heft wird ziemlich genau an dem Tag der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen ausgeliefert werden. Ob das Ergebnis dieses zuletzt wieder äußerst spannenden Wahlkampfes tatsächlich für die internationale Politik jene dramatischen Veränderungen nach sich ziehen wird, die viele Beobachter erhoffen/befürchten, bleibt abzuwarten. Jedenfalls würde es den USA und auch der restlichen Welt durchaus nicht schaden, manche höchst unbefriedigende Gegebenheiten radikal zu ändern. Und gerade diesbezüglich sind – trotz der scheinbar unüberbrückbaren Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten – aus meiner Sicht einige ernsthafte Bedenken anzumelden.

Da ist einmal die aus meiner Sicht durchaus essentielle Frage nach dem grundlegenden Charakter des gesellschaftspolitischen Systems der USA, welches seit der Gründung der Vereinigten Staaten de facto von zwei politischen Parteien dominiert wird. Wie auch unsere aus den USA stammende Autorin Tamar Kamatovic unmissverständlich analysiert, kann man nicht umhin, dieses mit dem altgriechischen Terminus Plutokratie zu definieren. Dort verstand man unter plutokratia „Reichtumsherrschaft“, in klaren Worten also Geldherrschaft. Um diese Analyse als zutreffend für das gesellschaftspolitische System der USA zu finden, bedurfte es nicht der aktuellen Tatsache,

dass mit Donald Trump ein Multimilliardär es nun zum zweiten Mal versucht, Präsident zu werden, der zuletzt dann noch durch Elon Musk die massive Unterstützung des reichsten Mannes der Welt erhält, der sich nicht entblödet, Trump-Unterstützer mit Geldgeschenken bis zu einer Million Dollar zu ködern. Dass US-Wahlkämpfe, und das nicht erst seit der aktuellen Kampagne, Milliarden von USD kosten, ist – noch – für Europa absolut undenkbar. Nach den Aufzeichnungen von statista.de erhielt die Kampagne von Kamala Harris bis Ende August 669,25 Mio USD und jene von Donald Trump „lächerliche“ 306,78 Mio.. Trumps Einnahmen werden sich inzwischen, alleine angesichts der Spenden von Elon Musk im Ausmaß von 75 Millionen, schon wesentlich erhöht haben.

Dass die Financiers beider Parteien natürlich von ihren Spenden ganz konkrete Vorteile erwarten, hat Elon Musk, der übrigens bei früheren Wahlen die Demokraten unterstützt hat, auch ganz unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Somit erwarten sich also jene Rüstungs-, Energie- und High Tech Konzerne, die Dutzende bis Hunderte Millionen USD in den Wahlkampf investieren, dass sich nach der Wahl ihre Kandidaten auch dankbar erweisen. Dieses System ist für die USA, welche ein tief gespaltenes Land mit deutlich über 10% Armutsquote, dafür aber den weltweit bei

weitem höchsten Rüstungsausgaben sind<sup>1</sup>, höchst problematisch, es aber als Vorbild für die „wertegesteuerte westliche Welt“ zu nehmen, ist mehr als fragwürdig.

### **MAGA als globales Konzept?**

Dass die USA nach der Implosion der Sowjetunion zur unbestrittenen globalen Weltmacht Nummer 1 aufgestiegen ist und diese Vormachtstellung so lange wie möglich und unter Einsatz verschiedenster, auch durchaus illegaler und völkerrechtswidriger, Methoden aufrechterhalten möchte, ist aus US-Sicht verständlich, aus Sicht des Restes der Welt eher wohl nicht. Der Slogan von Donald Trump „Make America Great Again“ spricht das ganz offen an, die Strategie der Demokraten unterscheidet sich davon aber bestenfalls rhetorisch. Auch sie möchten die seit den Neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts globale US-Dominanz aufrecht erhalten. Dank der nach wie vor herrschenden wirtschafts- und finanzpolitischen („Bretton Woods System“) sowie militärpolitischen (NATO) Vormacht schaffen sie es – noch –, das System in ihrem Sinne aufrechtzuerhalten. Dass sie dabei nicht immer erfolgreich sind (Afghanistan, Libyen, Syrien) und es – zumindest global – bereits deutliche Gegenbewegungen (BRICS) gibt, wird aber auch durch Erfolge (NATO-Osterweiterung, weitgehende Unterordnung Europas, Israel als Ordnungsmacht im Nahen Osten) aufgewogen.

Dass dieses System aber durchaus auch Schwächen hat und droht, sich zu „overstretchen“, beweisen einerseits zahlreiche (selbst)kritische Stellungnahmen und Analysen, welche ironischerweise in erste Linie unter US-amerikanischen Wissenschaftlern, (Ex)diplomaten und Journalisten zu finden sind. Europa ist hier von wenigen Ausnahmen abgesehen besonders linientreu und diszipliniert. Hier geht man offensichtlich entschlossener gegen Querdenker vor. Andererseits gibt es inzwischen genügend Anzeichen dafür, dass die USA bereits den „strategischen Rückzug“ aus bestimmten Bereichen überlegen. Anders sind die klaren Aufforderungen an Europa, sich selbst mehr um die eigene Sicherheit zu kümmern, nicht zu verstehen. Diesbezüglich sehe ich bestenfalls eine rhetorische Differenz zwischen den Demokraten und den Republikanern. Man lässt keine Zweifel daran, dass man sich für den alles entscheidenden Konflikt mit China rüstet und man dafür den Rücken, z.B. in der Ukraine, frei haben möchte. Vom Alliierten Europa erwartet man, dass dieser dann – ganz im strategischen US-Interesse – in die Bresche springt.

### **Kritische Stimmen in den USA**

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf den Beitrag von Prof. John Mearsheimer „Wer hat den Ukraine-Krieg verursacht?“ verweisen. Mearsheimer gehört zu einer Gruppe realistischer Wissenschaftler, welche bereits seit Jahren konsequent und fundiert die US-amerikanische Hegemonialpolitik kritisieren. Ich freue mich, dass er sich zur deutschsprachigen Erstveröffentlichung seines Textes in unserer Zeitschrift bereit erklärt hat, und hoffe, dass möglichst viele politische, wissenschaftliche und publizistische „Mainstreamer“ diesen wichtigen und fundierten Text lesen werden. Dass eine andere, äußerst wichtige gegen die vorherrschende Meinung in den USA und – in etwas schwächerem Ausmaß – in Europa gerichtete Publikation zuletzt fast schon in Vergessen geraten ist, ist aus Aktualitätsgründen höchst bedauerlich: John J. Mearsheimer/Stephen M.

Walt „Die Israel-Lobby“. Das im Jahr 2007 herausgebrachte Werk analysiert die bis heute in den USA äußerst einflussreiche pro-israelische zionistische Lobby und fordert eine radikale Veränderung der US-Nahostpolitik. Dass diese Forderung sowohl bei demokratischen als auch republikanischen US-Präsidenten auf taube Ohren gestoßen ist, stellt mit eine der Ursachen für die zuletzt wieder „außer Kontrolle“ geratene (Zitat Joe Biden) Politik Israels dar. Dass diese Politik aktuell Gefahr läuft, den israelisch-palästinensischen Konflikt zum Auslöser eines weit über die unmittelbare Region hinausreichenden Krieg zu machen, ist eine unbestreitbare Tatsache. Europa wäre davon weitaus stärker betroffen als die USA!

### **Europas Interessen sind nicht zwangsläufig identisch mit den US-amerikanischen**

Gerade auch die Situation im Nahen Osten beweist seit vielen Jahren die Tatsache, dass die (sicherheits)politischen Interessen Europas nicht zwangsläufig mit jenen der USA übereinstimmen müssen. Aus der „sicheren“ Entfernung des amerikanischen Kontinents kann man relativ leicht agieren, Staaten, Ethnien frei nach dem klassischen Kolonialistenprinzip „teile und herrsche“ gegeneinander auszuspielen, immer in erster Linie seine eigenen hegemonialen Interessen verfolgend. Die unmittelbaren Auswirkungen haben ja andere, z.B. die unmittelbaren Nachbarn, zu tragen. Sieht man von Nine Eleven ab hat Europa alleine die Folgen (Migration, Terror) einer verfehlten westlichen Nahostpolitik zu tragen. Es wäre daher höchst an der Zeit, wenn sich Europa endlich einmal dazu aufrufen könnte, vom „big spender“ zu einem „main actor“ in der unmittelbaren Nachbarregion zu werden. Aus meiner Sicht besteht hier absolut dringender Handlungsbedarf. Angesichts der weitgehenden US-Hörigkeit der europäischen Nachbarschaftspolitik sind bereits wichtige Staaten dabei, sich anderwärtig zu orientieren. Die Mitgliedschaften von Ägypten, Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten und die Beitrittspläne von Türkei (nach wie vor ein Beitrittskandidat zur EU!), Aserbaidschan und anderer Staaten zu BRICS sollten doch endlich die politischen Schläfer in Brüssel, Berlin, Paris, auch Wien aufwecken. Wenn sich die die EU nicht rasch der durchaus legitimen europäischen Eigeninteressen entsinnt, wird die politische Verzweigung Europas dramatische Ausmaße annehmen. Dass es einmal in den Achtziger Jahren mit dem Helsinkiprozess und der Gründung der KSZE/OSZE einen hoffnungsvollen europäischen Selbstfindungsprozess gegeben hat, wird dann bald in Vergessenheit geraten sein.

Somit lade ich unsere Leserinnen und Leser ein, sich auf ein spannendes und thematisch recht breit gestreutes Heft einzulassen. Wir behandeln die Österreichische Neutralität, die explodierenden internationalen Rüstungsausgaben, Libanon, Algerien, China, Afghanistan, Kerala, EU-Wirtschaftspolitik, Wiener Kulturpolitik, Friedenslyrik und – diesmal wieder recht ausführlich – Buchrezensionen. Und das alles aus einer – im positiven Sinne des Wortes – unangepassten kritischen Sicht. 

<sup>1</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1452944/unfrage/armutsquote-in-den-usa/>